

»Die Zeit für Militärstrategen ist jetzt vorbei«

Friedenspolitik statt Waffenlieferungen: Aktionstag des Stuttgarter Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine«. Ein Gespräch mit Margot Käßmann

Interview: Gitta Düperthal



Die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Käßmann bei einer Antikriegsdemo in Köln (25.2.2023)

1999 wurde Margot Käßmann zur hannoverschen Landesbischöfin gewählt, 2009 wurde sie Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie ist Theologin und Pfarrerin, mit 65 Jahren im Ruhestand und Mitglied der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

Sie engagieren sich am Sonntag beim Aktionstag des Stuttgarter Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine« und sprechen bei der Kundgebung dort, die Auftakt zu Friedensaktivitäten bundesweit sein wird. Wie sollte deutsche Friedenspolitik aussehen?

Wir sind ein breites Bündnis von Gruppen, unter anderem aus der Friedensbewegung, dem linken politischen Spektrum sowie den Kirchen. Unser Anliegen ist, dass nicht ständig über das Liefern von Waffen gesprochen wird, sondern darüber, wie der Krieg zum Stillstand kommen kann.

Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es für die Bundesregierung, um zum Frieden für die Ukraine zu kommen?

Deutschland würde es gut anstehen, eine Vermittlerrolle zu spielen: gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte des Zweiten Weltkriegs, als Panzer in Richtung Russland und Ukraine gerollt sind. Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Angriff am 24. Februar 2022 völkerrechtswidrig gestartet. Das stellt niemand in der Friedensbewegung in Frage. Aber wir meinen, dass jetzt die Zeit für Militärstrategen vorbei und die für Friedensstrategen gekommen ist.

Wie beurteilen Sie das Vorgehen von Bundeskanzler Olaf Scholz?

Ich fand zunächst, dass der Kanzler besonnen agierte, weil er nicht jeder Waffenlieferung sofort zugestimmt hat. Jetzt bin ich allerdings stark irritiert, wenn er erklärt, Friedensaktivisten seien »gefallene Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztendlich einem Kriegstreiber das Wort reden«. Solche Diffamierungen sind meiner Ansicht nach in einer Demokratie unangemessen.

Sie sind Pazifistin. Wie kontern Sie Argumente der Befürworter deutscher Waffenlieferungen?

Dieser ständige Druck, von Helmen und Verteidigungswaffen bis hin zu Angriffswaffen alles zu liefern, treibt die Eskalationsspirale immer weiter voran – ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Die Rede davon, dass es um einen Sieg der Ukraine auf ganzer Linie gehen müsse, bedeutet, dass sich die Bevölkerung auf einen langen Krieg einstellen muss. Ich meine, wir müssen so schnell wie möglich zum Frieden kommen.

Militärstrategen und Politiker stellen Pazifisten oft als traumtänzerisch dar. Was sagen Sie dazu?

Das ist in der Geschichte immer so gewesen. Die Kriege werden aber enden und müssen es. Die Frage ist nur, zu welchem Preis. Wenn uns gesagt wird, wir wären »Sofapazifisten«, muss ich sagen: Wer hier weitere Waffenlieferungen beschließt, ist ebensoweit davon entfernt, an der Front der Ukraine kämpfen zu müssen.

Setzt es Zivilcourage voraus, sich in diesen Zeiten gegen den Krieg zu engagieren?

Ich habe mich schon im Fall anderer Kriege engagiert, etwa gegen den Irak-Krieg. Es ist schwieriger geworden. Die Angriffe auf Pazifisten sind oft diskriminierend in der Wortwahl, man wird ständig in die Nähe der AfD oder der Putin-Versteher gestellt. Deshalb ist es wichtig, sich klar zu positionieren. Möglicherweise wagen viele Menschen, die für den Frieden sind, sich gar nicht mehr zu äußern. Das ist aus meiner Sicht schädlich für die Demokratie.

Erhalten Sie Drohungen?

Ich bin aus den sozialen Medien ausgestiegen, weil ich Shitstorms im Netz nicht mehr erfahren wollte. Ich erhalte weiterhin E-Mails, die ich im Fall von persönlich abwertenden Kommentaren lösche.

Profitiert die AfD davon, dass sie vorgibt, sich angeblich gegen den Ukraine-Krieg zu richten – möglicherweise auch, weil keine andere Partei dieses Feld bislang konsequent besetzt?

Es ist fatal, dass es so wirkt, als ob die AfD dieses Feld allein besetzt. Die Partei Die Linke ist im Prinzip gegen den Krieg eingestellt, aber leider kaum hörbar. Noch trauriger finde ich mit Blick auf die einst sehr aktive, große Friedensbewegung, dass weder von der SPD noch von Bündnis 90/Die Grünen, die einst involviert waren, etwas zu sehen ist. Deren Slogan »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt« ist nicht mehr wahrzunehmen: auch nicht beim Ostermarsch in Hannover, wo ich in diesem Jahr bei der Kundgebung gesprochen habe.

Schreitet die Militarisierung der Gesellschaft voran, und ist die AfD Nutznießerin?

Zum einen sieht man das an der Sprache: »Tapferkeit«, »Heldenmut« oder »Erhöhung von Blutzoll«. Durch ständiges Wiederholen in Medien ist all das in unsere Alltagssprache übergegangen. Zum anderen schreitet die Militarisierung praktisch voran: 22 Milliarden Euro wurden für Waffen in die Ukraine transferiert, obendrein die Verschuldung für ein sogenanntes

Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Offenbar sind überall Kürzungen möglich, nur das Militär bleibt unangetastet. Finanzminister Christian Lindner von der FDP will gerade einmal 2,4 Milliarden Euro für die Kindergrundsicherung ausgeben. Im Sozialen, etwa auch bei den Freiwilligendiensten, wird gekürzt. Von dieser Haltung profitiert die AfD, die sich so angeblich zur Verteidigerin von Sorgen der Bürger aufspielen kann. Das ist gefährlich, weil sie ja bekanntermaßen Unfrieden mit ihrer Ausländerhetze stiften will.

Welche Interessen unterscheiden progressive Menschen, die sich für den Frieden einsetzen, von denen der Rechten und der AfD?

In Stuttgart werden wir ein international geprägtes Friedensbündnis sein. Zur Kundgebung kommen Kurdinnen und Kurden, Afghaninnen und Afghanen. Uns geht es nicht nur um den Ukraine-Krieg, sondern um das Beenden aller Kriege in dieser Welt. Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die um Frieden in ihren Ländern ringen – sei es in Syrien, in Afghanistan oder im Jemen.

Sie traten 2010 wegen Alkohols am Steuer von Ihren kirchlichen Ämtern zurück. Finden Sie es unverhältnismäßig, wenn ein bayerischer stellvertretender Ministerpräsident im Amt bleibt, der ein faschistisches Flugblatt, das sich in seiner Schultasche befand, als Jugendsünde verharmlost?

Ich bin keine Rücktrittsexpertin. Aber mich erschüttert der Inhalt dieses Flugblatts. Und ich vermisse, dass darüber gesprochen wird, dass ein junger Mensch 1987 so etwas geschrieben oder verbreitet hat – zu einer Zeit, in der alle in der Schule gelernt haben, welche entsetzlichen Verbrechen in Auschwitz begangen wurden.

Das Stuttgarter Bündnis verdeutlicht, Verschwörungsmythen, Nationalismus, jede Nähe zu rechten Organisationen und Parteien sowie Rassismus, Antisemitismus und Sexismus abzulehnen. Wie motivieren Sie, zur Kundgebung zu kommen?

Viele Menschen in der Bundesrepublik bewegt die Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine. Sie fragen sich, zu welchen sozialen Verwerfungen das führen kann. Sie sorgen sich um die Zukunft unseres Landes: ob Deutschland Kriegspartei werden könnte. Wer hier in einem vielfältigen Land auf zivile Handlungsoptionen setzt, wird kommen.